



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Sachverständigenanhörung zur Radverkehrsförderung durch den Freistaat Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr führt eine Anhörung von Expertinnen und Experten zur Zukunft des Radverkehrs in Bayern durch. Es sollen aktuelle Defizite der Radinfrastruktur inklusive der Abstell- und Lademöglichkeiten analysiert, sowie die Chancen verbesserter Bedingungen für dieses umweltfreundliche und platzsparende Verkehrsmittel erörtert und Handlungsmöglichkeiten des Freistaates aufgezeigt werden.

Begründung:

Das ausgewiesene Radwegenetz weist Lücken auf und ist nicht durchgängig und einheitlich ausgeschildert. Bestehende Radwege sind oft zu schmal für eine sichere Fahrt und der zunehmenden Nachfrage nicht gewachsen.

Radschnellwege sind ein neues, leistungsfähiges Infrastrukturelement insbesondere für den Pendelverkehr in Großstädten und deren Umland. Fahrräder mit elektrischem Hilfsmotor (E-Bikes, Pedelecs, deren Absatz laut Zweirad-Industrie-Verband im letzten Jahr um 38 Prozent stieg) ermöglichen größere Distanzen, höheres Tempo und unerschwitzte Anfahrt zum Arbeitsplatz. Sie bieten somit die Chance, Straßen und öffentliche Verkehrsmittel signifikant zu entlasten. Während andere Bundesländer Radschnellwege in eigener Trägerschaft planen und bauen, stecken die Pilotradschnellwege in kommunaler Trägerschaft in Bayern weiterhin im Planungsstadium fest.

Die Nachfrage an eine leistungsfähigere und sicherere Fahrradinfrastruktur sowie eine angemessene Qualität bekräftigen gleichwohl erfolgreiche Bürgerbegehren und „Radentscheide“ in ganz Bayern (Bamberg, Bayreuth, Erlangen, München, Nürnberg, Regensburg, Rosenheim, Würzburg).

Aus diesem Grund ist es sinnvoll zu erfahren, welche rechtlichen Rahmenbedingungen – aber auch welche Förderinstrumente oder sonstigen Maßnahmen – einen beschleunigten Ausbau der Radinfrastruktur begünstigen würden.